



13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Gremium: Rechnungsprüfungsausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 21.01.2021, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|--|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung | |
| 3 | Grundsatzbeschluss für die Anwendung alternativer Sitzungsformate gemäß BbgKomNotV | Jana Schulze als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung | Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung vom 02.12.2020 |
| 4.1 | Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht
20/SVV/1393 | Oberbürgermeister,
Steuerungsunterstützung |
| 4.2 | Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht
20/SVV/1394 | Oberbürgermeister,
Steuerungsunterstützung |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|---|--|--|
| 5 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2020 | |
|---|--|--|

6	Prüfungsbericht 20190009 - Gesundheitsförderung	Rechnungsprüfungsamt (Prüfungsbericht ausgereicht am 30.11.2020)
7	Prüfungsbericht 20190012 - Prüfung der Stadtkasse der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich ihrer Zahlstellen	Rechnungsprüfungsamt (Prüfungsbericht ausgereicht am 30.11.2020)
8	Prüfungsplanung 2021	Rechnungsprüfungsamt
9	Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes	
10	Sonstiges	



Niederschrift 11. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.11.2020	
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr	19:07 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr	19:09 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81	

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Frau Jana Schulze DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:08 Uhr (TOP 3)
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU	anwesend ab 18:02 Uhr (TOP 2)
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	
Herr Daniel Friese	AfD	

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Gäste:

Frau Sylvia Maybaum, Komm. Bereichsleiterin Steuerung Rechnungswesen (118)

Frau Sylvia Hofmann, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Patric Martens, Prüfungskoordinator und stellvertretender Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführerin:

Frau Andrea Rüniger, Rechnungsprüfungsamt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 20/SVV/1285
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Niederschrift:

Öffentlicher Teil (18:00 Uhr bis 18:25 Uhr)

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss **beschlussfähig**.

Die Vorsitzende informiert über eine Änderung der Ausschussbesetzung. Neues Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rechnungsprüfungsausschuss ist Frau Dr. Rüniger; Herr Dörschel ist Stellvertreter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt die Vorsitzende Herrn Kube das Wort. Herr Kube informiert, dass er nicht im Besitz eines Gremienlaptops sei und damit keinen Zugriff auf nicht öffentliche Sitzungsunterlagen habe. Er sei irritiert, da er den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2017 der LHP nicht wie üblich in Papierform erhalten habe. Seine Fraktion habe ihm den Schlussbericht zukommen lassen.

Frau Hofmann erläutert die Besonderheit dieses Prüfungsberichtes. Der Schlussbericht zum Jahresabschluss ist eine nicht öffentliche Anlage zur

Drucksache des Jahresabschlusses, im Ratsinformationssystem (RIS) eingestellt und in der nicht öffentlichen digitalen Aktenmappe für die Stadtverordneten sichtbar. Die unterjährigen, vertraulichen Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsamtes können aus sicherheitstechnischen Gründen noch nicht ins RIS eingestellt werden und werden in Papierform ausgereicht.

Herr Kube bittet zukünftig um einen Hinweis, wenn es nicht öffentliche Unterlagen für den Rechnungsprüfungsausschuss gibt, die nicht in Papierform ausgereicht werden.

Die Ladung erfolgte **ordnungsgemäß**.

18:02 Uhr: Herr Friederich nimmt an der Sitzung teil; damit sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2020 gibt es keine Einwendungen; die Niederschrift wird **bestätigt**.

Die Vorsitzende schlägt vor, den **öffentlichen Tagesordnungspunkt 4.1, Drucksache 20/SVV/1285**, betr. Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters, **und den** zur Drucksache 20/SVV/1285 gehörenden **nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.1**, betr. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017, **im Zusammenhang zu behandeln** und im Anschluss über die Drucksache 20/SVV/1285 im öffentlichen Teil abzustimmen.

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird mit den o. g. Änderungen in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte **bestätigt**.

Die Vorsitzende fragt, ob die Fenster geöffnet bleiben können. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Sie schlägt zudem eine Lüftungspause nach der Präsentation zum Jahresabschluss 2017 (Tagesordnungspunkt 4.1) vor.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Hofmann teilt mit, dass in Absprache mit der Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport Frau Aubel im heutigen Jugendhilfeausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss eine gleichlautende Präsentation über den **Sachstand der Beauftragung zum Gutachten der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge 2015 bis 07/2018** erfolgen soll. Folgendes teilt die Verwaltung mit:

Für die im Entwurf fertiggestellten Vergabeunterlagen seien die Arbeitspakete der Leistungsbeschreibung und die Kriterien der Bewertungsmatrix erstellt. Der geschätzte Auftragswert werde voraussichtlich den Schwellenwert von 214 TEUR netto übersteigen. Frau Hofmann erläutert das in Frage kommende Vergabeverfahren „Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“. Die Dauer des Vergabeverfahrens werde insgesamt max. neun Monate betragen. Die Beauftragung soll noch vor der Sommerpause erfolgen. Die weiteren Schritte sind u. a. Information des Personalrates und Veröffentlichung auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters**

Vorlage: 20/SVV/1285

Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem zur Drucksache 20/SVV/1285 gehörenden nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.1, Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017, behandelt.

Für den Fachbereichsleiter Rechnungswesen und Steuern (11) Herrn Schmidt ist in Vertretung Frau Maybaum, komm. Bereichsleiterin Steuerung Rechnungswesen (118), anwesend. Frau Maybaum erläutert die wesentlichsten Eckdaten zum Jahresabschluss 2017 und geht dabei insbesondere auf Folgendes ein:

- Gewerbesteuer und übertragene Haushaltsermächtigungen 2017
- formeller und struktureller Haushaltsausgleich 2017 (Ergebnislage und Entwicklung der Steuererträge)
- übertragene Haushaltsermächtigungen im Ergebnishaushalt 2016 – 2018
- Bilanz der LHP
- Entwicklung der Finanzrechnung 2013 – 2017
- Ausblick Jahresabschluss 2018 bis 2020 (Ergebnisentwicklung und Vorlage der Jahresabschlüsse).

Die Fragen von Herrn Heuer und Herrn Friederich zu den nachfolgenden Themen werden von Frau Maybaum beantwortet:

- Haushaltsübertragungen 2017
- Jahresergebnis und bilanzieller Überschuss 2017
- Ergebnis des vorläufigen Jahresabschlusses 2018.

Zur Nachfrage von Frau Dr. Rürger hinsichtlich eines Benchmarking mit Blick auf die Entwicklung der steigenden konjunkturabhängigen Leistungen/Aufwendungen, z. B. in den Bereichen Soziales und Kultur, verweist die Vorsitzende auf die Zuständigkeit des Finanzausschusses.

Die Vorsitzende fragt, ob eine Pause zum Lüften für notwendig angesehen oder gewünscht wird. Dies wird von allen Anwesenden verneint.

Anschließend wird mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Öffentlicher Teil (19:07 Uhr bis 19:09 Uhr)

Fortsetzung TOP 4.1

Jahresabschluss 2017 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 20/SVV/1285

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister am ...10.2020 festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von 45.666.351,38 EUR aus. Der Gesamtüberschuss ergibt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von 43.348.267,55 EUR, dem Finanzergebnis von 639.818,93 EUR und dem außerordentlichen Ergebnis von 1.678.264,90 EUR.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2017 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 zur Kenntnis.
4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 erteilt.
5. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 34.233.750,25 EUR (mit Wirkung auf Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt) sowie für Investitionsauszahlungen in Höhe von 54.322.385,50 EUR vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

Anschließend wird mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 21.01.2021

betr. Grundsatzbeschluss für die Anwendung alternativer Sitzungsformate gemäß BbgKomNotV

Einreicher: Jana Schulze, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss möge beschließen:

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:

Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Rechnungsprüfungsausschuss als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die zukünftigen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses anzuwenden.

Zukünftige Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach § 5 BbgKomNotV (Präsenzsitzung) oder § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.

Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.

Für die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses wird in der Regel

- eine Tagesordnung mit allen abzuhandelnden öffentlichen Drucksachen sowie allen nicht öffentlichen abzuhandelnden Punkten aufgestellt. Diese Sitzungen werden grundsätzlich als reguläre Sitzungen unter Beachtung der Maskenpflicht und Abstandsregelung durchgeführt (Präsenzsitzungen).
- Sollte im Ergebnis der Erforderlichkeitsprüfung eine Sitzung per Videokonferenz durchgeführt werden, so beinhaltet die Tagesordnung ausschließlich öffentliche Drucksachen, die mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung oder an den Hauptausschuss zurückgegeben werden, öffentliche Mitteilungsvorlagen und sonstige öffentliche Punkte. Die Nutzungsrichtlinie für Videokonferenzen der StVV ist zu berücksichtigen.

Vor jeder Sitzung obliegt dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.

Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1393

Betreff:
Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum 16.11.2020

Eingang 502: 17.11.2020

Einreicher: GB 1 Finanzen, Investitionen und Controlling

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

02.12.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2015/16 (Anlage)



Bürgerhaushalt 2015/16

***Kurzfassung: Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge***

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2015/16

Erläuterungen:

Der Potsdamer Bürgerhaushalt 2015/16 war in einem sechsmonatigen Partizipationsprozess zustande gekommen. Es beteiligten sich erstmals rund 10.000 Potsdamerinnen und Potsdamer. Insgesamt wurden 815 Vorschläge eingereicht. In zwei Abstimmungsrunden wurde eine Liste der am besten bewerteten Bürgeranregungen ermittelt.

Die Liste der 20 am besten bewerteten Bürgervorschläge wurde am 3. Dezember 2014 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Ausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 4. März 2015 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2015/2016. Von den 20 Bürgeranregungen wurden sechs Bürgervorschläge angenommen und als "Bereits in Umsetzung" bestätigt. Acht Ideen sollten weiter geprüft werden. Sechs Bürgervorschläge fanden keine Mehrheit.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2015/2016 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf die Haushaltsjahre 2015 und 2016. Weiterhin wurde der Ausblick für darauffolgenden Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung nach 2017 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

●●● > Umsetzung ist abgeschlossen / findet statt / in Planung. (12)

●●● > Umsetzung kann nicht realisiert werden. (8, davon 6 Ablehnungen)

Zusammenfassung der umgesetzten Mittel für Vorschläge des Bürgerhaushalts 2015/16

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss:	2015	319.439 Euro
	2016	345.941 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss:	2015	1.375.439 Euro
	2016	1.070.549 Euro

Ausblick (2017-2020):

Geplante Erträge in Folgejahren:	1.509.020 Euro
Geplante Aufwendungen in Folgejahren:	10.011.945 Euro

Nr.	Beschluss der StVV	Titel	Ergebnis 2015 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	PLAN ab 2017 GESAMT in EUR
			Ertrag (+)	+319.439	+345.941
			Aufwand (-)	-1.375.439	-1.070.549
					+1.509.020
					-10.011.945
1	Ablehnung	Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche	/	/	/
2	Annahme	Kein Kauf & Abriss des Hotels „Mercure“	0	0	0
3	Prüfauftrag	Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen	0	0	0
4	Ablehnung	Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben	/	/	/
5	Annahme	Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen	+319.439	+345.1350	+1.509.020
6	Prüfauftrag	Tierheim fördern	0	0	-281.000
7*	Prüfauftrag	Radfahren attraktiv und sicher machen	+1.542.073 -0	+486.299 -796.965	+3.327.500 -8.264.400
8	Prüfauftrag	Erhalt / Förderung des „Extavium“	-100.000	0	-200.000
9	Ablehnung	Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr	/	/	/
10	Ablehnung	Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen	/	/	/
11*	Bereits in Ums.	Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen	+21.141.519 -71.258.059	+27.380.482 -77.483.451	+149.313.500 -410.566.600
12	Prüfauftrag	Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)	-553.923	-365.377	-2.898.645
13	Ablehnung	Volkspark erhalten / Wohnqualität erhalten	/	/	/
14	Bereits in Ums.	Hort-/Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung	0	-114.198	-800.000
15*	Prüfauftrag	Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs	+6.050.000 -10.115.000	+6.050.000 -10.478.000	+24.600.000 -47.351.000
16	Bereits in Ums.	Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Schulen	-274.283	-385.026	-4.778.400
17	Ablehnung	Entlastungsstraße für Potsdam Nord	/	/	/
18	Prüfauftrag	Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen	-109.533	-167.688	-884.200
19	Annahme	Förderung Nachbarschaftshaus "Scholle 34"	-22.700	-38.300	-169.700
20	Prüfauftrag	Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden	-315.000	0	0

* Keine Aussage zu den auf den Bürgervorschlag bezogenen Kosten möglich. Angeführt sind hier Gesamtkosten für Radverkehrskonzept, Kita, und Investitionszuschuss ÖPNV. Die Werte sind aus diesem Grund auch nicht in den Gesamtwert (schwarze Zeile) einbezogen.

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 1 (Drucksache: DS 14/SVV/1058 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche

Es sollte kein städtisches Geld für die Wiedererrichtung des Stadtkanals oder der Garnisonkirche bereitgestellt werden. Die Baukosten sollten von denjenigen übernommen werden, die sie haben wollen. Dazu zählt auch die Übernahme der jährlichen Nebenkosten.

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5921>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 2 (Drucksache: DS 14/SVV/1059 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein Kauf & Abriss des Hotels "Mercure"

Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen. Solche DDR-Architektur sollte im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden weder Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zum Kauf oder Abriss des Gebäudes getätigt, noch finanzielle Mittel aus dem Treuhandvermögen zur Verfügung gestellt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5331>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 3 (Drucksache: DS 14/SVV/1060 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen

Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollten Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten auf Grund von Umweltverschmutzung, wie weggeschmissenen Zigaretten, Kleinmüll, Hundekot oder Müllablagerungen im Wald drastisch erhöht werden. Auch die Schneeräumpflicht von Grundstückseigentümern sollte stärker kontrolliert und entsprechend erhöht werden. Hohe Strafgebühren sollten eine Lehre sein.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Ergebnis der Prüfung: Dem Wunsch, dass Wachstum der Landeshauptstadt Potsdam über erhöhte Geldbußen zu finanzieren, kann laut dem Ergebnis der Prüfung nicht entsprochen werden. Die Ahndung von ordnungswidrigem Verhalten und die damit verbundenen Geldbußen werden durch jeweilige Rechtsnormen auf bundes-, landes- und kommunalrechtlicher Ebene bestimmt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5130>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 4 (Drucksache: DS 14/SVV/1061 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parkes nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschnellstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden. Durch eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. Die Fläche sollte zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen.

Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5816>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 5 (Drucksache: DS 14/SVV/1062 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen

Die Zweitwohnsitzsteuer könnte von derzeit 15 auf 20% angehoben werden.

Ausblick zur Realisierung: Mit der 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer der Landeshauptstadt Potsdam (in Kraft getreten am 1. Juni 2015) erfolgte eine Erhöhung des Steuersatzes auf 20%. Im Jahr 2015 wurden somit etwa 319.000 Euro und im Jahr 2016 rund 345.000 Euro eingenommen. In der Planung für die Haushaltjahre 2017 bis 2020 wurde mit Erträgen in Höhe von insgesamt 1.509.000 Euro gerechnet.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	235.000 EUR	270.000 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	319.439 EUR	345.135 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Ertrag: 1.509.020 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Ertrag:	375.630 EUR	364.284 EUR	406.315 EUR	362.791 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5286>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 6 (Drucksache: DS 14/SVV/1063 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Tierheim fördern

Es sollte die zügige Einrichtung und Förderung eines Potsdamer Tierheims stattfinden.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Eröffnung des Tierheims mit ca. 50 Plätzen für Hunde, Katzen und Heimtiere sowie den erforderlichen Betriebs- und Funktionsräumen wird im 3. Quartal 2020 erwartet. Zwischenzeitlich wurden im Frühjahr 2020 die im städtischen Haushalt mitgeführten Spendenmittel in Höhe von 131.000 Euro in einem Zuwendungsverfahren an den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) ausgereicht. Im Bürgerhaushalt 2018 / 19 hat sich der Vorschlag zu einer einmaligen Startfinanzierung des Tierheims mit 150.000 Euro durchgesetzt. Mit einer zweckgebundenen Zuwendung ist beabsichtigt, dem TSV anteilig die Personalkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Eröffnung des Tierheims zu finanzieren. Derzeit bereitet der TSV den Zuwendungsantrag für diese Startfinanzierung vor.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR

Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 281.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	131.000 EUR + 150.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5610>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 7 (Drucksache: DS 14/SVV/1064 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Radfahren attraktiv und sicher machen

Vorgeschlagen wird das Radfahren in Potsdam attraktiv und sicher zu machen. Dazu braucht es: eine Entkoppelung von den vorrangig vom Autoverkehr geführten Straßen, ein Anpassung der Ampelphasen zur "Grünenwelle" auf Radfahrgeschwindigkeit (25 km/h), Schnellfahradweg mit Verbindung von Süd nach Nord, Trennung der Ampeln von Fußgängern und Radfahrern, mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof und in der Innenstadt, ausreichend breite Markierungen, damit die Radfahrer einen guten Schutzraum erhalten (Bsp. Feuerbachstraße), Entschärfung der Gefahrenstelle für Radfahrer und Fußgänger am Landtag, glatter Radfahrstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen, Verbindung des Radweges zwischen der Lange Brücke am Anleger zur Speicherstadt und Richtung Hermannswerder mit Anschluss des Radweges Richtung Caputh.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Ergebnis der Prüfung und Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Im Rahmen der Umsetzung des Radverkehrskonzepts von 2008 werden die Vorschläge bereits teilweise bearbeitet. Die Radstation am Hauptbahnhof wurde 2015 umgesetzt und das Fahrradparken auf der Langen Brücke im Nahbereich des Hbf. 2019 verbessert. Ebenfalls wurde in der Innenstadt die Möglichkeiten für das Fahrradparken an verschiedenen Standorten ausgebaut (u.a. Friedrich-Ebert-Straße, Wilhelmgalerie, etc.). Die Trennung des Fuß- und Radverkehrs an Kreuzungen wurde u.a. an der Berliner Straße/ Nuthestraße/ Gutenbergstraße sowie an der Breite Straße/ Zeppelinstraße verbessert. Die noch ausstehenden Punkte werden in der weiteren Fortschreibung des Radverkehrskonzepts geprüft und soweit möglich berücksichtigt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden Budget finanziert. Eine Aufschlüsselung der Kosten einzelner Bürgervorschläge ist deshalb nicht möglich.

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	1.510.700 EUR	1.393.600 EUR
Ertrag (Fördermittel):	167.100 EUR	50.000 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand Ergebnishaushalt (nur FB 47)	574.998 EUR	500.210 EUR
Ertrag Ergebnishaushalt	0 EUR	0 EUR

Investmaßnahme „RVK“ (0947 000140103)

Auszahlungen:	949.075 EUR	296.755 EUR
Einzahlungen (Fördermittel):	0 EUR	486.299 EUR

>> Ergebnis in Summe:

Ausgaben	1.524.073 EUR	796.965 EUR
Einnahmen	0 EUR	486.299 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 3.327.500 EUR, Aufwand 8.264.400 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	1.542.800 EURO	1.773.600 EURO	1.812.500 EURO	3.135.500 EURO
Ertrag (Fördermittel):	0 EURO	837.500 EURO	840.000 EURO	1.650.000 EURO

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5430>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 8 (Drucksache: DS 14/SVV/1065 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Erhalt / Förderung des "Extavium"

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum „Extavium“ ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird bisher nicht institutionell gefördert. Daher wird vorgeschlagen, dem „Extavium“ finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

Ausblick zur Realisierung: Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2015 die einmalige Förderung des Extavium in Höhe von 100.000 Euro beschlossen. Durch diese Unterstützung und die damit verbundene finanzielle Entlastung wurden seitens des Extavium finanzielle Mittel frei, um die investiven Maßnahmen zum Umzug in neue Räumlichkeiten zu finanzieren.

Am 20. Mai 2019 wurden, durch einen weiteren Beschluss des Hauptausschusses, weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 200.000 Euro zur Sicherung für den Weiterbetrieb im Jahr 2019 zur Verfügung gestellt, um eine kurzfristig drohende Schließung zu vermeiden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand:	100.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 200.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	200.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5283>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 9 (Drucksache: DS 14/SVV/1066 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr

In Potsdam sollte die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht werden. Hierbei werden unterschiedliche Herangehensweisen vorgeschlagen: Kostenlose Nutzung der Straßenbahnen, kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Seniorinnen und Senioren (bspw. über 75 Jahren) oder Schülerinnen und Schüler (Transfer vom Heimweg zur Schule) oder die kostenlose Nutzung in bestimmten Bereichen, wie der Innenstadt. Dieser Anreiz würde die chaotische Verkehrslage und Potsdams Straßen deutlich entlasten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5161>

LBB-Nr. 10 (Drucksache: DS 14/SVV/1067 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5537>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 11 (Drucksache: DS 14/SVV/1068 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur

in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen.

Ausblick zur Realisierung: Zuletzt wurden Empfehlungen für eine Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindertagestätten in der Landeshauptstadt Potsdam zum 1. August 2018 beschlossen. Dabei wurde unter anderem die Einhaltung einer Beitragsfreigrenze bis 22.000 Euro berücksichtigt und somit dem Wunsch nach einer Entlastung, insbesondere für Geringverdienende, entsprochen. Aktuell erfolgt in der Landeshauptstadt Potsdam zudem ein Verfahren der Rückzahlung zu viel gezahlter Elternbeiträge. Dabei erhalten Eltern auf Antrag Elternbeiträge erstattet. Damit werden identifizierte Fehler korrigiert und weitere Schritte in Richtung einer Beitragsentlastung, insbesondere für Geringverdienende, sichergestellt. Ergänzend sind jedoch Maßnahmen des Landes Brandenburg zu erwähnen, die zu einer deutlichen Entlastung führten und den Einstieg in eine Elternbeitragsfreiheit ermöglichen: Ab 1. August 2018 wurden Brandenburger Kita-Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung beitragsfrei betreut. Alle Kinder aus Familien, die Sozialleistungen erhalten oder nur über ein geringes Einkommen verfügen, wurden ab 1. August 2019 beitragsfrei in der Kita betreut.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Eine Herauslösung von Kosten der einzelnen Maßnahmen, die durch den Bürgervorschlag entstanden sind, ist aufgrund der oben beschriebenen Sachlage nicht möglich. Daher folgen hier die Gesamtkosten für die Bereitstellung der Kita-Betreuung.

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	71.488.800 EUR	72.363.100 EUR
Ertrag:	18.840.700 EUR	19.037.000 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	71.258.059 EUR	77.483.451 EUR
Ertrag:	21.141.519 EUR	27.380.482 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 149.313.500 EUR, Aufwand 410.566.600 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	86.714.400 EUR	98.668.100 EUR	102.889.500 EUR	122.294.600 EUR
Ertrag:	29.777.600 EUR	34.533.700 EUR	39.104.400 EUR	45.897.800 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5369>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 12 (Drucksache: DS 14/SVV/1069 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)

Gefordert wird mehr Sauberkeit in Potsdam. Dazu sollten folgende Möglichkeiten genutzt werden: 1. Mehr krähensichere Papierkörbe (in Babelsberg und Waldstadt), 2. Häufigerer Leerungsrhythmus, 3. Finanzielle Beteiligung „müllintensiverer“ Unternehmen (McDonalds), 4. Werbekampagne zur Müllvermeidung, 5. Mehr Hundekot-Stationen in Potsdam.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis und Ausblick zur Realisierung: In den letzten Jahren erfolgte der Austausch von nicht krähensicheren Papierkörben und eine saisonale Anpassung der Leerungsintervalle. Zudem wurden im öffentlichen Straßenland Schilder mit dem Hinweis „Das ist unser Potsdam und nicht Ihr Müllplatz“ aufgestellt und jährliche Frühjahrsputzaktionen organisiert. Die Anzahl von Hundekotbeutelspender und Dog-Station hat sich auf mehr als 140 erhöht. Eine finanzielle Beteiligung „müllintensiver“ Unternehmen wurde als rechtlich nicht zulässig bewertet. Im Jahr 2015 wurden dazu rund 554.000 Euro und im Jahr 2016 etwa 365.000 Euro verausgabt. Für die Jahre 2017 bis 2020 wurden rund 2.899.000 Euro veranschlagt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	457.000 EUR	457.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	553.923 EUR	365.337 EUR
Ertrag:	0 EUR	806 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 2.898.645 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	536.234 EUR	684.356 EUR	837.491 EUR	840.564 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5809>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 13 (Drucksache: DS 14/SVV/1070 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Volkspark erhalten und ausbauen / Wohnqualität erhalten

Der Volkspark muss in seinen Umfängen inkl. Biophäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Schaffung eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan eine Zerstörung der Wohnqualität statt.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5129>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 14 (Drucksache: DS 14/SVV/1072 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Hort-/Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung

Es wird die professionelle Schulabschluss- und Freizeitbetreuungen für Kinder mit geistiger Behinderung vorgeschlagen. Ziel ist die Entlastung der Familien und der Teilhabe der Kinder am allgemeinen Leben. Bisher fehlt der Blick auf das große Ganze. Eine gute Förderung und Inklusion für geistig behinderte Kinder - besonders an den Nachmittagen - kann helfen, ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu erlangen. Das bedeutet später ein geringerer Hilfebedarf.

Ausblick zur Realisierung: Eine Freizeitbetreuung für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr ist im Rahmen der Schulabschlussbetreuung im Oberlinhaus möglich. Dieses Angebot ist im Jahr 2016 ans Netz gegangen. Im selben Jahr wurden hierfür Mittel in Höhe von rund 114.000 Euro verausgabt. Seit dem Folgejahr stehen jährlich insgesamt 200.000 Euro zur Verfügung.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	0 EUR	83.500 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	0 EUR	114.198 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 800.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000 EUR	200.000 EUR	200.000 EUR	200.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5419>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 15 (Drucksache: DS 14/SVV/1073 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs

Vorgeschlagen wird eine verbesserte Planung des öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise: 1. Einrichtung einer direkten Busverbindung von Eiche/Golm und Bornim, 2. Bessere Anbindung Eiche an den öffentlichen Nahverkehr, bspw. über eine Busspur, 3. Nachtverkehr: Verbindungen auch nach 20 Uhr aufrechterhalten, 4. Anschlüsse des Potsdamer Öffentlichen Nahverkehrs an das Bahnnetz verbessern, 5. Busse 609 und 695 zukünftig über Jägerallee fahren lassen. 6. Busse 605 und 606 im engeren Stadtgebiet unterschiedliche Routen fahren lassen (bspw. über Friedenskirche), 7. Nahverkehr von und nach Marquardt: werktags halbstündig, am Wochenende stündlich.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Laut Prüfergebnis konnte ein Teil der Maßnahmen berücksichtigt und umgesetzt werden. So enthält die Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam unter anderem die Erstellung des Buskonzepts Nordwest, welches unter anderem neue Tangentialverbindungen zwischen dem Norden und dem Westen der Stadt durch die Amundsenstraße zum Ergebnis haben soll. Daneben hat die Buslinie 609 seit dem Fahrplanwechsel im Dezember an der Haltestelle Campus Jungfernsee einen direkten Anschluss an die Straßenbahnlinie 96. Weiter wird in Ergänzung zum vorhandenen Fahrplanangebot im Dezember 2022 mit Inbetriebnahme der Mobilitätsdrehscheibe Marquardt die Buslinie 609 verlängert. Der Ortsteil Marquardt erhält somit neue und zusätzliche Verbindungen in die anderen nördlichen Ortsteile sowie zur Straßenbahnlinie 96. Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden ÖPNV-Budget finanziert. Eine Aufschlüsselung der Mittel für die einzelnen Vorschläge ist nicht möglich.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Zuge der Umsetzung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam realisiert und aus dem laufenden ÖPNV-Budget finanziert. Da eine Aufschlüsselung der Kosten einzelne Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt nicht möglich ist, beziehen sich die folgenden Angaben auf das gesamte konsumtive ÖPNV-Budget. Der Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam zu den ÖPNV-Betriebskosten wurde in der „Ver Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Finanzierung der ÖPNV-Leistungen der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH in Potsdam für die Jahre 2015 bis 2019“ festgeschrieben und entsprechend ausgezahlt.

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	10.115.000 EUR	10.478.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.050.000 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	10.115.000 EUR	10.478.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.050.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2017 bis 2020, insgesamt Ertrag 24.600.000 EUR, Aufwand 47.351.000 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	10.758.000 EUR	11.256.000 EUR	11.668.000 EUR	13.669.000 EUR
Ertrag:	6.050.000 EUR	6.250.000 EUR	6.150.000 EUR	6.150.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5282>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 16 (Drucksache: DS 14/SVV/1074 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

GRÜN - Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen

Für den optimalen Unterricht wünschen sich Potsdamer Schüler/innen dringend eine bessere Ausstattung ihrer Schulen insbesondere mit Technik und neuen Medien.

Kurzer Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Mit Beschluss des Doppelhaushalts 2020/21 und der begleitenden Mittelfristplanung bis 2024 ist, neben dem Digitalpakt (Laufzeit 2020-24), die Realisierung von IT-Projekten und die IT-Beschaffung an Potsdamer Schulen in kommunaler Trägerschaft finanziell abgesichert. Um dies zu realisieren, wird es zukünftig zudem einen „Warenkorb Schul-IT“ geben. Dabei stehen die Schaffung der digitalen Infrastruktur, die Verbesserung der Internetanbindungen sowie die WLAN-Abdeckung und die Ausstattung der Unterrichtsräume mit interaktiven Tafeln und Displays im Fokus.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die Auswertung der Zahlen zeigt, dass die ursprünglich geplanten Ansätze der Jahre 2015 bis 2017 für Leasing von PC-Technik sowie Miete technischer Geräte nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden konnten. Hintergrund waren Verzögerungen im Vergabeprozess.

Finanzhaushalt (ab 2020 mit Digitalpakt-Ansätze):

<u>Kostenplanung:</u>	2015	2016
Aufwand:	63.300 EUR	132.500 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	96.700 EUR	54.100 EUR

Ergebnishaushalt (Miete & Leasing technische Geräte der Schul-IT):

<u>Kostenplanung:</u>	2015	2016
Aufwand:	471.100 EUR	539.800 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	177.583 EUR	330.926 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt 4.778.400 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	769.800 EUR	1.267.600 EUR	1.271.000 EUR	1.470.000 EUR

Weitere Infos online: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5426>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 17 (Drucksache: DS 14/SVV/1075 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Gefordert wird eine Entlastungsstraße für Potsdam. Es ist leichtsinnig und unverantwortlich, wenn die Grundstücke einer möglichen Entlastungsstraße im Norden weggeben werden und sich somit Potsdam die Zukunft verbaut. Es sollte zumindest die Option einer Entlastungsstraße für die nächsten Generationen offen gehalten werden.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2015/16 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5340>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 18 (Drucksache: DS 14/SVV/1076 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen

Die Kosten für "Barcelona" (Ziel Herstellung barrierefreier Wege) sollten auf die Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts erhöht werden. Konkret betroffen sind unter anderem folgende Bereiche: Potsdam West (Umfeld des Bahnhofs Charlottenhof bis zum Gehweg im Bogen), Innen- und Berliner Vorstadt (Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße), Uferweg zwischen Humboldtbrücke und Eingang Babelsberger Park, Fahrland (Priesterweg) sowie Kartzow und Krampnitz.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: An verschiedenen Stellen im Stadtgebiet wurden Anpassungen vorgenommen, unter anderem in der Berliner Vorstadt, rund um die Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße, in Babelsberg und Potsdam West. Im Haushalt 2015 wurden 120.000 Euro für die behindertengerechte Umgestaltung an Verkehrsanlagen bereitgestellt, 40.000 zusätzlich zu den zunächst vorgesehenen 80.000 Euro.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
<u>Kostenplanung:</u>		
Aufwand:	120.000 EUR	120.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
<u>Kostenergebnis:</u>		
Aufwand:	109.533 EUR	167.688 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 884.200 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	220.000 EUR	221.600 EUR	221.600 EUR	221.600 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/5319>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 19 (Drucksache: DS 14/SVV/1077 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Förderung Nachbarschaftshaus "Scholle 34"

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Ausblick zur Realisierung: Die Projektförderung wurde mit Veröffentlichung des Betreiber- und Nutzungskonzepts sowie eines dazu gehörigen Raumkonzeptes zum Abschluss gebracht. Im Doppelhaushalt 2015/16 wurden dazu insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Zuwendungen folgten in den Jahren 2017 bis 2019. Zum Jahreswechsel 2019 / 2020 erfolgte des weiteren die Erstellung des Fördermittelantrags zum Projektauftrag „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus 2020“.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	50.000 EUR	50.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR
Kostenergebnis:		
Aufwand:	22.700 EUR	38.300 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2017 bis 2020, insgesamt Aufwand 169.700 EUR)

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	49.700 EUR	32.750 EUR	87.250 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5076>

BüHH 2015/16, LBB-Nr. 20 (Drucksache: DS 14/SVV/1078 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden

Im Potsdamer Norden sind die infrastrukturellen Bedingungen für den Breiten- und Vereinssport absolut unzureichend. Dringend notwendig ist die Errichtung einer wettkampftauglichen Sportstätte, die neben dem Schulsport auch für den Vereinssport (mit dem Schwerpunkt Fußball) genutzt werden kann. Parallel dazu ist eine Erneuerung der vorhandenen Sportanlage an der Kirschallee (Kunstrasen und Erweiterung) erforderlich.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Zwischenstand der Prüfung: Im Jahr 2015 wurden finanzielle Mittel in Höhe von rund 315.000 Euro für den Umbau der Sportanlage in der Kirschallee verwendet. Im Sinne der Prüfung des Bürgervorschlags war es zunächst Aufgabe, Grundstücke zu bestimmen und die Einordnung der Finanzierung entsprechend den vordringlichsten Finanzierungsprioritäten (u.a. Schulbau) vorzusehen. Nach jetzigem Planungsstand wären im Potsdamer Norden perspektivisch an mehreren Standorten wettkampftaugliche Sportfreianlagen für den Schul- und/oder Vereinssport vorgesehen bzw. eine Erweiterung der vorhandenen Anlagen möglich. Prüfungen erfolgten für Anlagen am Kuhfordamm in Golm, Remisenpark im Bornstedter Feld, den ehemaligen Schießplatz in Groß Glienicke sowie Areale in Fahrland und Krampnitz.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

	2015	2016
Kostenplanung:		
Aufwand:	430.000 EUR	0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Kostenergebnis:

Aufwand: 315.000 EUR 0 EUR

Ertrag: 0 EUR 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2017	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/5535>



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/1394

Betreff:
Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum	16.11.2020
Eingang 502:	17.11.2020

Einreicher: GB 1 Finanzen, Investitionen und Controlling

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

02.12.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2017 (Anlage)



Bürgerhaushalt 2017

***Kurzfassung: Rechenschaftsbericht
zur Umsetzung der Bürgervorschläge***

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2017

Erläuterungen:

Der Potsdamer Bürgerhaushalt 2017 wurde in einem sechsmonatigen Beteiligungsprozess durchgeführt. Es beteiligten sich rund 14.690 Potsdamerinnen und Potsdamer. Insgesamt wurden 1.141 Vorschläge eingereicht. In zwei Abstimmungsrunden wurde eine Liste der am besten bewerteten Bürgeranregungen ermittelt.

Die Liste der 20 am besten bewerteten Bürgeranregungen wurde am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Fachausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 1. März 2017 entschied die Stadtverordnetenversammlung über den Bürgerhaushalt 2017. Von den 20 Bürgeranregungen wurden acht Bürgervorschläge angenommen und als "Bereits in Umsetzung" bestätigt. Fünf Ideen sollten weiter geprüft werden. Sieben Bürgervorschläge fanden keine Mehrheit.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2017 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2017. Weiterhin wurde der Ausblick für darauffolgende Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung ab 2018 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

●●● > Umsetzung ist abgeschlossen / findet statt / in Planung. (11)

●●● > Umsetzung kann nicht realisiert werden. (9, davon 7 Ablehnungen)

Zusammenfassung der umgesetzten Mittel für Vorschläge des Bürgerhaushalts 2017:

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss 2017:	1.780.777 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss 2017:	3.751.401 Euro

Ausblick (2018-2020):

Geplante Erträge in Folgejahren:	6.100.000 Euro
Geplante Aufwendungen in Folgejahren:	15.301.011 Euro

Platz	Beschluss der StVV	Titel	Ergebnis 2017 in EUR	PLAN ab 2018 GESAMT in EUR
			Ertrag (+)	+1.780.777
			Aufwand (-)	-3.751.401
				+6.100.000
				-15.301.011
1	Annahme	Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure	0	0
2	Annahme	Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche	0	0
3	Ablehnung	Hundesteuer deutlich anheben	/	/
4	Ablehnung	Reduzierung der Fraktionsfinanzierung	/	/
5	Ablehnung	Gebühren für Feuerwerke erhöhen	/	/
6	Bereits in Ums.	Tierheimneubau in Potsdam fördern	0	-281.000
7	Ablehnung	Kita- und Hortgebühren anpassen und senken	/	/
8*	Annahme	Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt	+0 -0	+2.947.600 -13.500.000
9	Ablehnung	Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen	/	/
10	Prüfauftrag	Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten	-460.000	-500.000
11	Bereits in Ums.	Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung	+1.138 -536.234	+0 -2.362.411
12	Ablehnung	Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee	/	/
13*	Annahme	Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr	+2.100.000 -4.700.000	+2.000.000 -2.000.000
14	Prüfauftrag	Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten	-12.000	-36.000
15	Prüfauftrag	Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung	-158.788	-600.000
16*	Prüfauftrag	Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten	+0 -1.542.800	+3.327.500 -6.721.600
17	Ablehnung	Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in der Innenstadt	/	/
18	Prüfauftrag	Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule	+24.639 -220.629	+300.000 -836.000
19	Annahme	Neugestaltung Potsdamer Mitte umsetzen: Hist. Stadtgrundriss	+1.755.000 -2.363.750	+5.800.000 -10.160.000
20	Prüfauftrag	Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg	-9.000	-525.600

* Keine Aussage zu den auf den Bürgervorschlag bezogenen Kosten möglich. Angeführt sind hier Gesamtkosten für Radverkehrskonzept und Kosten für verbesserte Betreuung, Infrastruktur ÖPNV). Die Werte sind daher auch nicht in den Gesamtwert (schwarze Zeile) einbezogen.

BüHH 2017, LBB-Nr. 1 (Drucksache: DS 16/SVV/0674 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure

Für den Abriss des Hotel Mercure sind keine finanziellen Mittel der Landeshauptstadt bereitzustellen.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden weder Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zum Kauf oder Abriss des Gebäudes getätigt, noch finanzielle Mittel aus dem Treuhandvermögen zur Verfügung gestellt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6888>

BüHH 2017, LBB-Nr. 2 (Drucksache: DS 16/SVV/0677 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche

Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind keine städtischen (in keiner Form) Mittel einzusetzen.

Ausblick zur Realisierung: Es wurden keine Mittel aus dem städtischen Haushalt verausgabt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6854>

BüHH 2017, LBB-Nr. 3 (Drucksache: DS 16/SVV/0678 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Hundesteuer deutlich anheben

Deutliche Erhöhung der Hundesteuer.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7079>

BüHH 2017, LBB-Nr. 4 (Drucksache: DS 16/SVV/0679 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung um 20% (Diskussionsgrundlage) als symbolisches Zeichen der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7655>

BüHH 2017, LBB-Nr. 5 (Drucksache: DS 16/SVV/0680 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Gebühren für Feuerwerke erhöhen

Die Gebühren für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und zu erhöhen.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7649>

BüHH 2017, LBB-Nr. 6 (Drucksache: DS 16/SVV/0681 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Tierheimneubau in Potsdam fördern

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Projekt des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V. finanziell. Ziel ist es, die Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims zu bündeln und auf dem vom Tierschutzverein erworbenen Grundstück an der Michendorfer Chaussee, ein Tierheim zu errichten.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Eröffnung des Tierheims mit ca. 50 Plätzen für Hunde, Katzen und Heimtiere sowie den erforderlichen Betriebs- und Funktionsräumen wird im 3. Quartal 2020 erwartet. Zwischenzeitlich wurden im Frühjahr 2020 die im städtischen Haushalt mitgeführten Spendenmittel in Höhe von 131.000 Euro in einem Zuwen-

ungsverfahren an den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) ausgereicht. Im Bürgerhaushalt 2018/19 hat sich der Vorschlag zu einer einmaligen Startfinanzierung des Tierheims mit 150.000 Euro durchgesetzt. Mit einer zweckgebundenen Zuwendung ist beabsichtigt, dem TSV anteilig die Personalkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Eröffnung des Tierheims zu finanzieren. Derzeit bereitet der TSV den Zuwendungsantrag für diese Startfinanzierung vor.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 281.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	0 EUR	0 EUR	131.000 + 150.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6977>

BüHH 2017, LBB-Nr. 7 (Drucksache: DS 16/SVV/0682 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Kita- und Hortgebühren anpassen und senken

Die Kita-Beiträge sind zu senken. Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung sind nicht das Bruttogehalt und Sondervergütungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc. heran zu ziehen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ungleichgewicht zwischen Potsdam und dem benachbarten Berlin sowie Michendorf, Saarmund und vielen benachbarten Landkreisen geringfügig zu mildern und für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung gem. § 11 KitaFR zu sorgen. Kappungsgrenzen (Höchstsätze) für die Einkommen bei den Eltern sind nicht festzulegen und jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ist ein Gebührensatz zuzuordnen.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6790>

BüHH 2017, LBB-Nr. 8 (Drucksache: DS 16/SVV/0684 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● ROT - Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt

Die Landeshauptstadt Potsdam trägt stärker zur Finanzierung von KiTa-Personal bei. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen (1:6) zu erfüllen und den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mit zu finanzieren. Zur Kompensation von Ausfällen sind zusätzliche Mittel einzustellen.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die freiwillige Entscheidung der Landeshauptstadt Potsdam zur Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden

täglich in Potsdamer Kitas aus dem Jahr 2017 mit Wirksamkeit ab 1. Januar 2018 wird auch im Kita-Jahr 2020/21 weitergeführt. Zu welchem Zeitpunkt darauf verzichtet werden kann, wird von den weiteren landesgesetzlichen Regelungen abhängen. Seit dem Jahr 2018 werden für diese Maßnahme jährlich rund 4,5 Mio Euro veranschlagt. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass zum 1. August 2020 die letzte Anpassung des Betreuungsschlüssels durch das Land Brandenburg erfolgte (Krippe 1/5, Kiga 1/10).

Welche Mittel (für die freiwillige Entscheidung der LHP zur Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden) wurden bereitgestellt?

Da die Verbesserung der Betreuungsqualität bei Betreuungszeiten über 8 Stunden täglich in Potsdamer Kitas erst seit 01.01.2018 greift, sind für 2017 keine Mittel verwendet worden.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 2.947.600 EUR, Aufwand 13.500.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	rund 4,5 Mio EUR	rund 4,5 Mio EUR	rund 4,5 Mio EUR
Ertrag:	0 EUR	859.000 EUR	2.088.600 EUR

Die Richtlinie des Landes Brandenburg vom 05.06.2019 über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von verlängerten Betreuungsumfängen im vorschulischen Bereich in Krippe und Kindergarten (RL-Kita-Betreuung) gilt bis zum 31.12.2020.

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7295>

BüHH 2017, LBB-Nr. 9 (Drucksache: DS 16/SVV/0685 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

In der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr ist eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen, die zu einer wesentlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs beiträgt.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7176>

BüHH 2017, LBB-Nr. 10 (Drucksache: DS 16/SVV/0686 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten

Das Rechenzentrum wird in eine langfristige Nutzungsstruktur überführt und als Ort für kreativen Austausch und Vernetzung genutzt. Für die Mieterinnen und Mieter ist Planungssicherheit zu schaffen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Die Prüfung wurde bis zum Sommer 2017 abgeschlossen. Die temporäre Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus wurde in Abstimmung mit der Stiftung Garnisonkirche bis Ende des Jahres 2023 verlängert und durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Die für die temporäre Nutzung notwendigen Maßnahmen wurden umgesetzt (u.a. Brandschutzmaßnahmen, Herrichten Verbinder/Eingangsbereich, Einbau Behindertengerechtes WC). Der Mehraufwand, der durch den temporären Verbleib des Kunst- und Kreativhauses entsteht, wurde auf rund 960.000 Euro beziffert.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Dem Sanierungsträger Potsdam wurden als Treuhänder der Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte für die oben benannten Maßnahmen insgesamt 960.000 Euro in drei Tranchen in den Jahren 2017, 2018 und 2019 zur Verfügung gestellt. Die brandschutztechnische Ertüchtigung zur befristeten Nutzungsänderung als Kultur- und Kreativhaus bis 31.12.2023 wurde im Dezember 2019 genehmigt.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 460.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 500.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000 EUR	300.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7881>

BüHH 2017, LBB-Nr. 11 (Drucksache: DS 16/SVV/0687 / Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoiletten mit Tüten ist insbesondere in Babelsberg, der Potsdamer Innenstadt und an den Radwegen entlang der Havel zu erhöhen. Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die Aufstellung der Hundekotbeutelspender und Dog-Station erfolgte über das gesamte Stadtgebiet bedarfsgerecht. Zudem wurde saisonal im Bereich der Innenstadt der Leerungsrhythmus der Behälter erhöht.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 457.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 536.234 EUR Ertrag: 1.138 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 2.362.411 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	684.356 EUR	837.491 EUR	840.564 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6823>

BüHH 2017, LBB-Nr. 12 (Drucksache: DS 16/SVV/0688 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden. Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7442>

BüHH 2017, LBB-Nr. 13 (Drucksache: DS 16/SVV/0689 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr

Die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse sind zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.

Kurzer Ausblick zur Realisierung: Die Verlängerung von acht vorhandenen Straßenbahnen des Typs Combino wurde erfolgreich abgeschlossen. Zudem werden bei der Anzahl der zu beschaffenden Bahnen zukünftige Taktverdichtungen auf stark nachgefragten Streckenstäben berücksichtigt. Die Maßnahmen wurden durch das „ÖPNV-Infrastrukturpaket“ finanziert (bereits seit dem Jahr 2015). Im Jahr 2017 wurden insgesamt rund 4,7 Mio Euro für die Kapazitätserweiterung von Combino-Straßenbahnen und die Ertüchtigung der Tatra-Straßenbahnen bereitgestellt. Zugleich wurde ein Ertrag in Höhe von 2,1 Mio Euro veranschlagt.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Die Kosten für die Finanzierung lassen sich nur für das sogenannte ÖPNV-Infrastrukturpaket aufschlüsseln. Die zwei genannten Maßnahmen wurden in einem Paket von mehreren Maßnahmen beschlossen und aus einem Mix aus Landesmitteln, Eigenmitteln und Krediten finanziert. Im Rahmen des von den Stadtverordneten beschlossenen ÖPNV-Infrastrukturpaketes wurden für Sanierung und Verlängerung der Straßenbahnen rund 22 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Eine Aufschlüsselung der Erträge für das gesamte Infrastrukturpaket ist zwar möglich (und in den finanziellen Auswirkungen zur DS 15/SVV/0302 dargestellt), auf die einzelnen Maßnahmen kann diese Aufschlüsselung jedoch nicht heruntergebrochen werden, da die Mittel jährlich an die Stadtwerke und den Verkehrsbetrieb für das gesamte Infrastrukturpaket ausgereicht wurden. Für die genannten Taktverdichtungen sowie die Neubeschaffung von Straßenbahnfahrzeugen befindet sich das Finanzierungskonzept gerade in Erarbeitung, daher können hier noch keine Angaben gemacht werden.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich deshalb nur auf die Kapazitätserweiterung von Combino-Straßenbahnen und die Ertüchtigung der Tatra-Straßenbahnen. Deren Finanzierung begann bereits im Jahr 2015.

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 4.700.000 EUR Ertrag: 2.100.000 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 4.700.000 EUR Ertrag: 2.100.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 2.000.000 EUR, Aufwand 2.000.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	1.500.000 EUR	500.000 EUR	0 EUR
Ertrag:	1.500.000 EUR	500.000 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/6923>

LBB-Nr. 14 (Drucksache: DS 16/SVV/0690 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt. Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Zur Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung von Beratungsleistungen der Ehrenamtsagenturen, Organisation und Ausgabe der Ehrenamtskarte, der Gewinnung von Ehrenamtlichen durch Öffentlichkeitsarbeit sowie in begründeten Härtefällen die Erstattung von Aufwendungen (insbesondere der Fahrtkosten) werden jährlich 20.000 Euro bereitgestellt. Davon stehen 12.000 Euro für die Erstattung von Aufwendungen, die Ehrenamtlichen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen, insbesondere der Fahrtkosten zur Verfügung. Entsprechend dieser Vorgaben (Härtefällen) wurden im Jahr 2017 insgesamt 12.000 Euro bereitgestellt. Zudem wurde im Rahmen des Doppelhaushalts 2018/19 geprüft, ob und ggf. wie die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für Inhaberinnen und Inhaber einer Ehrenamtskarte ermöglicht werden kann. Ferner wurde ein grundlegendes Konzept zur künftigen Gestaltung der Ehrenamtsarbeit in der Landeshauptstadt erstellt, in dem auch die hier gewünschten Aufwandsentschädigungen thematisiert wurden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung 2017:**

Aufwand: 12.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 12.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 36.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	12.000 EUR	12.000 EUR	12.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbereitstellung.potsdam.de/node/7052>

BüHH 2017, LBB-Nr. 15 (Drucksache: DS 16/SVV/0691 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Erhöhung der Förderung für die Betreuung behinderter Kinder durch die Schaffung entsprechender Angebote. Darüber hinaus ist die Einrichtung und Finanzierung eines Fahrdiensttransports für den Hortbesuch von Förderschülern auch in den Ferien, entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung, zu sichern. In den jährlich 13 Wochen Schulferien sollten durchschnittlich drei Wochen Hortbesuch je Förderschüler berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist die Fahrdienst-Satzung zu ändern und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam zu sichern.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Im Rahmen der Schulabschlussbetreuung wird für Jugendliche mit Behinderung (ab dem 15. Lebensjahr) auch in der Ferienzeit ein Betreuungsprogramm als freiwillige Maßnahme durch die Landeshauptstadt Potsdam vorgehalten. So wird für diese Jugendliche ein abwechslungsreiches und spannendes Ferienangebot vorgehalten. Bei Schüler/innen mit Behinderungen trägt die Landeshauptstadt Potsdam allein die kompletten Beförderungskosten. Jährlich stehen dafür 200.000 Euro zur Verfügung.

Aktualisierung (August 2020):

Die Schulabschlussbetreuung wird derzeit im konzeptionierten Rahmen weitergeführt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die für dieses Jahr (2020) vorgesehene Neuausschreibung der Leistung auf 2021 verschoben.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung 2017:**

Aufwand: 200.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 158.788 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 600.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	200.000 EUR	200.000 EUR	200.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7873>

BüHH 2017, LBB-Nr. 16 (Drucksache: DS 16/SVV/0692 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten

Fahrradwege sind zukünftig vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen. Anzustreben ist ein eigenes Fahrradwegesystem und die Schaffung von kreuzungsfreien (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten von Autos etc.), stadtteilverbindenden und den Straßenverläufen nicht zwingend folgenden Radfahrschnellwegen, z.B. eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur L40/Nutheschnellestraße). Darüber hinaus ist die direkte Verbindung zwischen der Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße entlang des Schafgrabens durch das Aufbringen einer neuen Decke zu verbessern und mit weiteren Maßnahmen (Geländer) zu sichern.

► Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Mit der im Sommer 2017 beschlossenen Fortschreibung des Radverkehrskonzepts wird grundsätzlich eine bauliche Trennung zwischen Rad- und Kraftfahrzeugverkehr in Potsdam angestrebt. In einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen wurde das Potential für verschiedene Verbindungen untersucht. Die Strecke parallel der Nuthestraße wurde dabei zwar nicht als Radschnellweg vermerkt, aber als Hauptroute erster Stufe in Form einer „normalen“ Radwegeverbindung im Zielnetz des Radverkehrskonzepts 2017 berücksichtigt. Nach Analyse des Schadensbilds am Schafgraben wurde erkannt, dass die Böschung instabil ist, sodass die Maßnahme größer wird als ursprünglich erwartet. Eine Umsetzung ist im Jahr 2021 vorgesehen.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Eine Aufschlüsselung der Kosten einzelner Bürgervorschläge ist aufgrund der eingehend beschriebenen Sachverhalte nicht möglich. Die nachfolgend aufgelisteten Finanzmittel wurden für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam verwendet sowie aus dem laufenden Budget finanziert.

Kostenplanung 2017:

Aufwand:	1.542.800 EUR
Ertrag (Fördermittel):	0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand (Ergebnishaushalt des FB 47)	520.777 EUR
Auszahlungen (Invest-Maßnahme RVK 0947 000140103)	936.123 EUR
Ertrag/Einzahlungen (Fördermittel)	0 EUR

>> Ergebnis in Summe:

Ausgaben (2017)	1.456.900 EUR
Einnahmen (2017)	0 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 6.721.600 EUR, Aufwand 3.327.500 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	1.773.600 EUR	1.812.500 EUR	3.135.500 EUR
Ertrag (Fördermittel):	837.500 EUR	840.000 EUR	1.650.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7122>

BüHH 2017, LBB-Nr. 17 (Drucksache: DS 16/SVV/0693 / Beschluss StVV: **Ablehnung**)

●●● ROT - Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt

Öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten werden vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin nutzbarer Gebäude eingesetzt. Öffentliche Mittel werden für die Renovierung und nicht für den Abriss von Gebäuden der Potsdamer Innenstadt (wie z.B. der Fachhochschule, des Hotels Mercure, des Staudenhofs, des Minsk oder des Rechenzentrums) verwendet.

► **Dieser Bürgervorschlag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. März 2015 abgelehnt. Aus diesem Grund erfolgen hierzu im Rahmen der Rechenschaftslegung des Bürgerhaushalts 2017 keine weiteren Ausführungen.**

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/6998>

BüHH 2017, LBB-Nr. 18 (Drucksache: DS 16/SVV/0694 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen. Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: Im Jahr 2017 sind mögliche Varianten für die Nachnutzung der Biosphärenhalle untersucht worden. Dies waren im Einzelnen: Modifizierte Tropenhalle, Wegfall der Tropenhalle und Umsetzung sozialer Infrastruktur im Gebäude (Haus-in-Haus), Abriss und Verkauf der Fläche. Auch alternative Nutzungskonzepte zur Erfüllung pflichtiger Aufgaben der Landeshauptstadt Potsdam (Kita, Jugendfreizeit) wurden geprüft, jedoch nach Bedarfsprüfung und Diskussion ausgeschlossen. Im Sommer 2018 hat ein Kreativ-Prozess stattgefunden. Dabei wurden die Nachnutzungsszenarien für das Gebäude unter Erhalt des „Tropenwaldes“ evaluiert und in der wirtschaftlichen Ausprägung bewertet. Wesentliches Ergebnis ist ein Bekenntnis aller Akteure zur ganzheitlichen Entwicklung (mit der Neuausrichtung der Biosphäre zu einer Erlebnis- und Wissenswelt). Das erarbeitete Konzept „Biosphäre 2.0“ soll durch eine ökonomische Machbarkeitsstudie konkretisiert werden, in der insbesondere die in der Konzeption getroffenen Annahmen valide geprüft, ein Betriebs- und Betreiberkonzept aufgezeigt und die zu erwartenden finanziellen Belastungen deutlich benannt werden.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 435.000 EUR Ertrag: 100.000 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand: 220.629 EUR Ertrag: 24.639 EUR

Ausblick, Kostenplanung:

(2018 bis 2020, insgesamt Ertrag 300.000 EUR, Aufwand 836.000 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	331.600 EUR	325.500 EUR	178.900 EUR
Ertrag:	100.000 EUR	100.000 EUR	100.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7387>

BüHH 2017, LBB-Nr. 19 (Drucksache: DS 16/SVV/0695 / Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Neugestaltung Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer Stadtgrundriss

Das Konzept zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte, einschließlich des Abrisses des Gebäudes der Fachhochschule und ein Beginn der Neugestaltung der neuen Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße, ist weiterhin umzusetzen.

Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung: Für die neuen Parzellen im Block III wurde 2018 das Grundstücksvergabeverfahren durchgeführt. Die Fachhochschule und die Freifläche des Staudenhofs wurde rückgebaut und die Erschließung der künftigen Blöcke III und IV fertiggestellt. Nach dem Bau der Tiefgarage im Block III startet der Hochbau. Die Finanzierung erfolgt aus dem Treuhandvermögen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Potsdamer Mitte.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?**Kostenplanung Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/ Potsdamer Mitte 2017**

	Aufwand	Ertrag
konsumtiv	2.645.000 EUR	2.085.000 EUR
investiv	2.645.000 EUR	2.085.000 EUR
Gesamt:	5.290.000 EUR	4.170.000 EUR

Kostenergebnis Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/Potsdamer Mitte 2017

	Aufwand	Ertrag
konsumtiv	1.181.875 EUR	877.500 EUR
investiv	1.181.875 EUR	877.500 EUR
Gesamt:	2.363.750 EUR	1.755.000 EUR

Ausblick, Kostenplanung (konsumtiv und investiv)**Gesamtmaßnahme Stadterweiterung Süd/Potsdamer Mitte:**

gesamt Kostenplan:	2018	2019	2020
Aufwand:	3.480.000 EUR	3.120.000 EUR	3.560.000 EUR
Ertrag:	1.800.000 EUR	2.000.000 EUR	2.000.000 EUR

Weitere Infos online: <https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/7761>

BüHH 2017, LBB-Nr. 20 (Drucksache: DS 16/SVV/0696 / Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Instandsetzung u. Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt

Der Sportplatz zum Kahleberg ist dringend instand zu setzen (Kunstrasen, sanitäre Anlagen, Duschen), zu modernisieren und mit einer Beleuchtung zu versehen.

► **Der Bürgervorschlag wurde von den Stadtverordneten in einen Prüfauftrag geändert.**

Prüfergebnis / Ausblick zur Realisierung: In den vergangenen Jahren wurden Lagercontainer beschafft, eine Reparatur Kunstrasen veranlasst sowie eine Ausbesserung der Laufbahn finanziert. Die Erneuerung des Belages inklusive Errichtung einer Beleuchtungsanlage ist im Zeitraum 2020/2021 geplant.

Welche Mittel wurden bereitgestellt?

2016: Beschaffung Lagercontainer rd.13.800 EUR
 2018: Reparatur Kunstrasen rd. 23.500 EUR
 2019: Instandhaltung/Ausbesserung Laufbahn rd. 2.100 EUR

Kostenplanung 2017:

Aufwand: 9.000 EUR Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2017:

Aufwand 0 EUR Ertrag: 0 EUR

Ausblick, Kostenplanung: (2018 bis 2020, insgesamt Aufwand 525.600 EUR)

Kostenplan:	2018	2019	2020	2021
Aufwand:	23.500 EUR	2.100 EUR	500.000 EUR	70.000 EUR
Ertrag:	0 EUR	0 EUR	0 EUR	0 EUR

Weitere Infos online: <https://buerbeteiligung.potsdam.de/node/7693>



Niederschrift 13. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.01.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:14 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Frau Jana Schulze DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD
Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Herr Christian Kube DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche SPD Vertretung für: Herrn Dr. Wegewitz
Herr Günter Anger CDU Vertretung für: Herrn Friederich
Herr Helmar Wobeto AfD Vertretung für: Herrn Friese

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD Nichtteilnahme
Frau Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt
Herr Götz Thorsten Friederich CDU entschuldigt
Herr Daniel Friese AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Gäste:

Herr Christian Maaß, Komm. Bereichsleiter Steuerungsunterstützung (anwesend TOP 2 bis 4.2)
Frau Sylvia Hofmann, Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Schriftführerin: Frau Andrea Rüniger, Rechnungsprüfungsamt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Grundsatzbeschluss für die Anwendung alternativer Sitzungsformate gemäß BbgKomNotV
Jana Schulze als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung vom 02.12.2020
- 4.1 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1393
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
- 4.2 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 20/SVV/1394
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss **beschlussfähig**.

Die Ladung erfolgte **ordnungsgemäß**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2020 gibt es keine Einwendungen; die Niederschrift wird **bestätigt**.

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird **bestätigt**.

zu 3 **Grundsatzbeschluss für die Anwendung alternativer Sitzungsformate gemäß BbgKomNotV**

Jana Schulze als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses

Die Vorsitzende informiert, dass mit diesem Grundsatzbeschluss eine Regelung getroffen werden soll, in welchem Umfang im Rechnungsprüfungsausschuss von den alternativen Sitzungsformaten der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage

(Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) Gebrauch gemacht werden soll.

Herr Wobeto hat folgende Anmerkungen zu einigen Formulierungen:

- In Absatz 5, Satz 1 würden die Wörter „in der Regel“ irritieren.
- Lt. Absatz 5, 2. Anstrich ist im Falle einer Videokonferenz die ausschließliche Behandlung von öffentlichen Tagesordnungspunkten möglich.
- In Absatz 6, Satz 1 seien die Wörter „im Einzelfall“ entbehrlich.

Die Vorsitzende informiert, dass der Beschlussvorschlag inhaltlich mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt und an den Beschluss des Hauptausschusses vom 09.12.2020 angelehnt ist; dieser soll nicht geändert werden.

Weiteren Redebedarf gibt es nicht; der vorliegende Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt:

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:

Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Rechnungsprüfungsausschuss als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die zukünftigen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses anzuwenden.

Zukünftige Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach § 5 BbgKomNotV (Präsenzsitzung) oder § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.

Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.

Für die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses wird in der Regel

- eine Tagesordnung mit allen abzuhandelnden öffentlichen Drucksachen sowie allen nicht öffentlichen abzuhandelnden Punkten aufgestellt. Diese Sitzungen werden grundsätzlich als reguläre Sitzungen unter Beachtung der Maskenpflicht und Abstandsregelung durchgeführt (Präsenzsitzungen).
- Sollte im Ergebnis der Erforderlichkeitsprüfung eine Sitzung per Videokonferenz durchgeführt werden, so beinhaltet die Tagesordnung ausschließlich öffentliche Drucksachen, die mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung oder an den Hauptausschuss zurückgegeben werden, öffentliche Mitteilungsvorlagen und sonstige öffentliche Punkte. Die Nutzungsrichtlinie für Videokonferenzen der StVV ist zu berücksichtigen.

Vor jeder Sitzung obliegt dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist

entsprechend zu dokumentieren.

Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung vom 02.12.2020

zu 4.1 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1393

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Auf Einladung des Rechnungsprüfungsausschusses ist Herr Maaß anwesend. Herr Maaß bringt die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 zusammen ein und fasst den Inhalt der Mitteilungsvorlagen kurz zusammen.

Zum Bürgerhaushaltsverfahren 2015/2016 und 2017 informiert Herr Maaß u. a. über den Beteiligungsprozess, die Anzahl der Beteiligungen und die Anzahl der Vorschläge. Er erwähnt die Anzahl der Beteiligungen beim Bürgerhaushaltsverfahren 2020/2021 und berichtet über die Bereitstellung eines dezentralen Bürger-Budgets (Drucksache 20/SVV/1288).

Die Fragen von Herrn Krämer und Frau Schulze zum Bürger-Budget (antragsberechtigte „freie Träger“/Partner) und zur Nachfrage von Printprodukten werden von Herrn Maaß beantwortet.

Frau Dr. Rüniger möchte die Anzahl der Abonnenten für den Newsletter Bürgerbeteiligung wissen. Die Antwort wird von Herrn Maaß nachgereicht.

Nachrichtlich:

Im Nachgang der Sitzung teilte Herr Maaß dem Rechnungsprüfungsamt Folgendes mit:

„Der Newsletter hat derzeit rund 6.300 Abonnenten und wird in der Regel monatlich verschickt. Eine Übersicht aller bisherigen Versendungen findet sich unter www.Potsdam.de/NewsBeteiligung.“

Die Mitglieder haben keine weiteren Fragen. Die Drucksache 20/SVV/1393 wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.2 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 20/SVV/1394

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden zusammen eingebracht und beraten (siehe Tagesordnungspunkt 4.1).

Die Drucksache 20/SVV/1394 wird **zur Kenntnis genommen**.